

Roters: Köln, zu nachlässig bei Schutz vor Flut

Regierungspräsident rügt die Stadt

Nach der Flutkatastrophe in Ostdeutschland fordert Jürgen Roters einen besseren Hochwasserschutz am Rhein "Die nächste Flut kommt bestimmt."

VON ANJA KATZMARZIK, MARKUS DECKER UND STEFAN SAUER

Köln/Berlin - Regierungspräsident Jürgen Roters wirft der Stadt Köln vor, mit fehlerhaften Unterlagen die Umsetzung ihres Hochwasserschutz-Konzeptes verzögert zu haben. "Es gab Mängel in den Planungsunterlagen", nannte Roters als Grund dafür, dass mit der Realisierung aller 18 Planungsabschnitte erst 2010 zu rechnen sei. Roters leitender Regierungsbaudirektor Udo Jesemann nannte die Beauftragung schlechter Ingenieurbüros als Grund für die fehlerhaften Unterlagen, die im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens bei der Bezirksregierung eingereicht werden mussten. "Viele haben einfach Schrott abgeliefert. Die Stadt selbst sei mit der Arbeit überfordert gewesen. Ursprünglich sollte das 350-Millionen-Projekt bereits 2005 beendet sein. Kölns Baudezernent Bela Dören wehrte sich gegen die Vorwürfe. Er räumte zwar ein, dass die insgesamt 18 mit der Planung der Hochwasserschutz-Abschnitte beauftragten Ingenieurbüros unterschiedliche Arbeiten abgeliefert hätten, dass sie ihre Ergebnisse gegebenenfalls nachbessern oder ergänzen müssten, und dass auch die Fachleute der Verwaltung Korrekturen an den Plänen vornehmen müssten. "Ich verwahre mich aber dagegen,

wenn man jetzt einen Schuldigen für die lange Dauer der Verfahren sucht und ihn in der Kölner Stadtverwaltung gefunden haben will", betonte Dören. Eine nationale Flusskonferenz soll sich in Kürze mit Strategien des Hochwasserschutzes von der Quelle bis zur Mündung befassen. Das hat das Bundeskabinett beschlossen. Außer mehreren Bundesressorts sollen auch Vertreter der Länder und Kommunen, Verbände und Fachleute aus der Schifffahrtsbranche teilnehmen.

In Berlin deutete sich gestern eine Einigung über die Frage an, wie die Folgen der Flut-Katastrophe finanziert werden sollen. Unions-Fraktionschef Friedrich Merz sagte, man werde die voll der Regierung geplante Verschiebung der Steuerreform nicht blockieren. Der stellvertretende CDU-Vorsitzende Jürgen Rüttgers erklärte dem "Kölner Stadt-Anzeiger": "Ich bin dafür, dass sich Regierung und Opposition möglichst schnell auf eine vernünftige Lösung einigen. Es muss jetzt eine rasche Hilfe für die Opfer geben." Die Verschiebung der Steuerreform reiche jedoch "auf keinen Fall", so Rüttgers weiter, "da das Geld erst 2003 zur Verfügung stellt".

Der von Unionspolitikern gewünschten Erhöhung der Körperschaftsteuer will sich die Bundesregierung nicht verschließen. Bundeskanzler Gerhard Schröder meinte: "Wir haben damit kein Problem."

Kölner Stadt-Anzeiger vom 22.08.2002